

Die politische Lage

Argumente

für die Ausarbeitung von Reden
für die politische Diskussion

Zeitenwende

Umbruch

Viele Ereignisse lassen darauf schließen, daß sich die Menschheit im Umbruch befindet. Um das Jahr 2000 scheint sich eine ähnlich tiefgreifende Zeitenwende zu vollziehen wie um 1500. Die Weichen dazu werden in den 80er Jahren gestellt.

Fortschritt

Fortschritt und Technik haben in wenigen Jahren eine schnellere Entwicklung genommen als in Hunderten von Jahren zuvor. Der Mensch hat mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten können. Er findet sie bedrohlich und kommt sich vielfach verloren vor.

Grundsätze Jugend

In dieser Situation müssen wir uns auf das besinnen, was wirklich wesentlich ist, müssen Grundsätze aufstellen, die den Tag überdauern. Vor allem müssen wir der Jugend einen neuen Halt und neue Orientierungsmöglichkeiten geben. Das alles muß Richtschnur für unsere tägliche Politik sein.

Alternative

In solchen Zeiten braucht ein Land eine verantwortungsbewußte Regierung, die nicht nur von der Hand in den Mund wirtschaftet und keine Zeit für die drängenden Fragen der Zukunft findet. Fehler und Gefahren der SPD-Politik sind inzwischen für jeden sichtbar geworden. Wir können uns keine Regierung mehr leisten, die sich in bloßer Verwaltung erschöpft. Wir brauchen eine Alternative, die die Probleme der Zeit anpackt, deren Wertmaßstäbe stimmen, die solide Grundlagen und echte Chancen schafft und uns wieder den Blick in die Zukunft öffnet.

Grundsatz- entscheidung

Im Herbst 1980 steht mit der Bundestagswahl die Entscheidung über die Zukunft Deutschlands an. Vom Ergebnis dieser Wahl hängt es ab, wohin unser Weg geht, ob Individualität statt Vermassung wählen, ob Partnerschaft statt Klassenkampf unser Handeln bestimmen soll, ob Selbstverwirklichung statt Bevormundung unser Ziel sein wird. Wir brauchen Sicherheit statt

unverantwortlicher Experimente. Wir brauchen Sachlichkeit statt Ideologie. An die Stelle von Orientierungslosigkeit und Chaos muß das Bewußtsein vom Sinn unseres Daseins treten. Unsere Zukunft muß auf Leistung statt auf Zufall aufbauen. Der Versuch der Gleichmacherei muß der Chance der Vielfalt — die Utopie muß wieder der Vernunft weichen. Wir wollen Geborgenheit statt Verunsicherung, Vertrauen statt Verwirrung.

Es gibt eine Reihe von Problemen und Aufgaben, die unser persönliches und nationales Schicksal in besonderer Weise bestimmen. Viele Defizite, die die derzeitige Bundesregierung hinterlassen hat, müssen aufgearbeitet werden.

Erziehungspolitik

Jugend

Die Regierung dieses Landes hat ein geistiges Klima erzeugt, in dem Stillstand bereits als Erfolg und die notdürftige Reparatur selbstverschuldeter Fehler als Politik gilt. Kein Wunder, daß vor allem die junge Generation, die nach Chancen für ihr Leben sucht, nur eine vernagelte Welt vorfindet, nur verstopfte Ausbildungsgänge, nur Engpässe und Sackgassen, so daß sie in zunehmendem Maße resigniert oder ihre Zuflucht in anderen Lebensformen sucht.

Pädagogik

Noch schlimmer als die Verursachung von Ratlosigkeit und Verdrossenheit, von Pessimismus und Passivität, von Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung, die entsteht, wenn man sich übermächtigen bürokratischen Zwängen ausgeliefert fühlt, ist das, was die Politik der SPD nach der Zerstörung positiver Werte an negativen Positionen errichtet hat. Die auf Konflikt ausgerichtete Pädagogik hat mit Vokabeln wie Emanzipation und Befreiung aus allen Bindungen nicht nur gewachsene Überzeugungen zerstört und keinen neuen gemeinsamen Konsens aufgebaut, sondern destruktive Tendenzen begünstigt und die entstandene Orientierungslosigkeit verstärkt.

Fehlentwicklung

Dieser geistige Zustand kennzeichnet eine Fehlentwicklung, die zu Unsicherheit und zu Neurosen führt, mit der Folge, daß junge Menschen keinen Sinn mehr in ihrem Leben finden. Die angestrehte Bewußtseinsveränderung hat unberücksichtigt gelassen, daß die Befreiung aus äußeren Bindungen die Festigung der inneren voraussetzt. Dieses Defizit wieder mit gemeinsamen Werten aufzufüllen, ist unsere Aufgabe.

Werte

Werte wie Nächstenliebe und Treue, Pflichtbewußtsein und Idealismus, Einsatzbereitschaft und Opferbereitschaft müssen wieder Geltung erlangen. Bei der Besinnung auf diese Tugenden muß

vor allem das glaubwürdige Vorbild verantwortlicher Politiker mithelfen. Unsere Jugend braucht Verantwortung statt Bevormundung. Sie muß wissen, wie wichtig für uns ihre Gedanken und Probleme sind und daß wir ihre Mitwirkung bei der Lösung der Zukunftsaufgaben brauchen.

Erziehung

Unsere Jugendlichen müssen in ihrem Leben einen Sinn sehen und Ziele erkennen, für die es sich einzusetzen lohnt. Der Anfang dazu muß in der Familie gemacht werden. Durch eine verantwortungsbewußte und partnerschaftliche Erziehung, in der der junge Mensch Sicherheit und Geborgenheit, aber auch Offenheit für seine Probleme erfährt. Nur so kann er die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit als Auftrag und Verpflichtung erfahren.

Familienpolitik

Geburtenrückgang

Unter allen Ländern der Welt weist die Bundesrepublik Deutschland den bisher stärksten Geburtenrückgang auf. Innerhalb von 10 Jahren ist die Zahl der Neugeborenen auf die Hälfte gesunken. Wenn das so weitergeht, wird die deutsche Bevölkerung im Jahre 2030 um ein Drittel auf 39 Millionen gesunken sein. Die Folgen dieser Entwicklung kann man nicht einfach übersehen oder gar leugnen, wie es diese Regierung tut. Das ist unverantwortlich; es gefährdet unsere Existenz.

Generationenvertrag

Der Generationenvertrag, auf dem unser Rentensystem beruht, droht zum Generationenkonflikt zu werden. Es ist bei dieser Entwicklung vorauszusehen, wann das System unserer sozialen Sicherung zusammenbricht, nämlich dann, wenn die Beiträge wegen der geringen Zahl der Erwerbstätigen nicht mehr ausreichen, die Renten zu finanzieren.

Familie

Das Schicksal der Familie ist eine lebenswichtige Frage für die Zukunft unseres Gemeinwesens. Auch hier hat sich der Bundeskanzler seiner Verantwortung und seiner Führungspflicht entzogen, als er mit keinem Wort zu erkennen gab, daß er die immerhin im 3. Familienbericht der Bundesregierung erhobene Forderung nach einer grundlegenden Kurskorrektur der Familien- und Bevölkerungspolitik aufzunehmen gedenkt.

Wahlmöglichkeit

Notwendig ist es zunächst, in der Bundesrepublik ein familien- und kinderfreundlicheres Klima zu schaffen. Aber auch finanzielle Hilfen sind wichtig, um die Nachteile zu beseitigen, die zur Zeit noch diejenigen treffen, die eine Familie gründen und Kinder aufziehen. Vor allem der Frau muß die freie Entscheidung zwischen Beruf und Kind möglich sein. Sie muß von dem

wirtschaftlichen Zwang befreit werden, in die Fabrik gehen zu müssen, obwohl sie eigentlich lieber ihr eigenes Kind erziehen würde.

Es ist nicht nur eine Sünde gegen das Kind und gegen die Mutter, sondern auch ein ökonomischer und gesellschaftlicher Unsinn ersten Ranges, wenn das Kind statt von seiner leiblichen Mutter von staatlich geprüften und gelenkten Sozialmüttern mit Universitätsabschluß unter hohen Personalkosten in gesellschaftlichen Einrichtungen aufgezogen wird. Schwere seelische und physische Schäden einer solchen institutionalisierten bzw. staatlichen Erziehung können gar nicht ausbleiben. Darauf folgt dann ein weiterer untauglicher Versuch, in noch teureren therapeutischen Einrichtungen, vom Kinderheim über die Sonderschule bis zum Jugendgefängnis, diese Schäden wieder zu heilen.

Erziehungsgeld

Deswegen hat die CDU das Erziehungsgeld gefordert: damit die Eltern wieder mehr Zeit für ihre Kinder haben und Kinderreichtum nicht länger sozialen Abstieg bedeutet und das Zeichen einer neuen Armut ist.

In diesem Bereich liegt einiges im argen. Es kann doch einfach nicht richtig sein, daß ein kinderloses, beiderseits berufstätiges Ehepaar ein doppeltes Arbeits- und Renteneinkommen erwirbt, während ein kinderreiches Ehepaar, bei dem sich die Mutter ganz den Kindern widmet und dabei häufig nicht weniger, sondern mehr leisten muß als eine berufstätige Altersgenossin, nur ein Arbeits- und Renteneinkommen erwirbt. Die finanzielle Schlechterstellung verdoppelt sich sogar: Zu den Mehrausgaben für die Kinder treten die Mindereinnahmen beim Arbeits- und Renteneinkommen. Und die Kinder dieser Eltern müssen später das kinderlose Ehepaar von ihren Beiträgen zur Sozialversicherung mit ernähren; ihre Leistung kommt nicht nur den eigenen Eltern zugute. Daher ist es kein Wunder, daß sich viele Ehepaare heute gegen Kinder entscheiden.

Ungerechtigkeit

Die CDU will die Partnerrente, damit jede Mutter sich in Ruhe um die Erziehung ihrer Kinder kümmern kann und sich um ihre eigene Zukunft im Alter keine Sorgen zu machen braucht, weil ihr der wohlverdiente Lohn sicher ist.

Partnerrente

Niemand will mit diesen Argumenten Eltern zu Kinderreichtum zwingen. Wir wollen nur die Voraussetzungen dafür schaffen, daß eine freie Entscheidung überhaupt noch möglich ist und nicht eine Alternative schon von vornherein aus wirtschaftlichen Gründen ausscheidet. Kinder bedeuten Verantwortung, aber jede Mutter und jeder Vater weiß, daß sie auch viel Freude schenken können.

freie Entscheidung

Sozialpolitik

In der letzten Zeit hört man oft von manchen Bürgern die Feststellung: „Es geht uns doch gut!“ Hier könnte man angesichts der derzeitigen Entwicklung in verschiedenen Bereichen des täglichen Lebens mit vollem Recht die Frage stellen: „Wie lange noch?“ Aber selbst wenn man dies nicht tut, so muß man schon heute sehen, daß es vielen nicht gut geht: den kinderreichen Familien, den Rentnern, denen ein neuer Rentenbetrug ins Haus steht, den Witwen, den Behinderten. Sie sind nicht die Mehrheit, sie können nicht so laut schreien, sie haben auch keine Lobby, aber können wir deswegen in sattem Wohlstandsempfinden die Augen vor dieser „Neuen Sozialen Frage“ verschließen?

Neue Soziale Frage

Solidarität

Solidarität in der Gemeinschaft bedeutet, daß diejenigen, die zur Leistung fähig sind, auch die Verpflichtung haben, die ihnen mögliche Leistung zu erbringen. Nur so kann denen geholfen werden, die zur Leistung überhaupt nicht oder nicht mehr fähig sind: den Kranken, den Behinderten, den Alten. Auch bei dieser Neuen Sozialen Frage kann die Wende nur durch die Union eingeleitet werden. Es reicht nicht aus, wie es die SPD tut, einfach nur alte Probleme ideologisch neu aufzuwärmern.

Menschlichkeit

Die Dinge müssen wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Politik muß sich am Menschen ausrichten, nicht der Mensch an irgendwelchen politischen oder ideologischen Systemen oder Heilsvorstellungen.

So ist es z. B. nicht nur billiger, sondern auch weitaus humaner, einen alten pflegebedürftigen Menschen in seinen vertrauten vier Wänden zu pflegen, wie es etwa durch Sozialstationen geschieht, als ihn in die geschlossene Einrichtung eines für ihn fremden und unpersönlichen Krankenhauses zu stecken.

Wir müssen wieder wegkommen von dieser Überbewertung des Technischen, des Anonymen, des Kollektiven und müssen den Menschen, die menschlichen Beziehungen untereinander, die gegenseitige Zuwendung und Hilfe wieder mehr in den Vordergrund stellen.

Auch in unseren Städten müssen wir wieder mehr Einrichtungen für die Menschen vorsehen, Kinderspielplätze, Kindergärten, Stätten der Begegnung und des Gesprächs und nicht nur Straßen, die nur für viele und schnelle Autos gebaut sind, Industrieanlagen, die keine Rücksicht auf die Umwelt nehmen, und Wohnblocks, in denen nur Roboter wohnen können.

Unsere Welt muß menschlicher werden.

Finanz- und Wirtschaftspolitik

Eine vernünftige Finanz- und Wirtschaftspolitik muß einen Mittelweg finden zwischen dem Abbau des Schuldenbergs und der Entlastung des Bürgers von den steuerlichen Inflationsgewinnen des Staates.

Verschuldung Wenn man sich vor Augen hält, daß der Bund im Jahre 1966 unter Ludwig Erhard lediglich eine Verschuldung von 15 Milliarden hatte, Helmut Schmidt dagegen heute eine Verschuldung von 220 Milliarden DM aufweist, so kann man sich vorstellen, wie die Bundesregierung mit unserem Geld gewirtschaftet hat.

Hypothek Diese Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache. Sie zeigen, daß SPD/FDP den drängenden finanzpolitischen Aufgaben nicht gewachsen sind. Sie haben ihre Ausgaben- und Einnahmenpolitik über Jahre hinweg nicht an den wirtschaftlichen Notwendigkeiten, sondern an utopischen Zielen orientiert. Damit haben sie unseren Kindern und den künftigen Generationen eine schwere wirtschaftliche Hypothek aufgelastet. Aber die SPD denkt wohl: „Nach uns die Sintflut!“ Diese verantwortungslose Haltung, die mehr offenbart als bloße Unfähigkeit, können und dürfen wir im Interesse unserer Kinder nicht weiter zulassen.

Steuerlast Mit der Schuldenlast stieg unter der Herrschaft von SPD und FDP auch die Steuerlast. Wir befinden uns auf einem Marsch geradewegs in einen Steuer- und Abgabenstaat. Die Steuer- und Sozialabgaben stiegen von 1970 bis 1977 fast doppelt so schnell wie die Bruttolöhne und -gehälter. Die Löhne und Gehälter stiegen um 81 %, die Steuer- und Sozialabgaben um 150 %. Von jeder zusätzlich verdienten Mark mußte der Arbeitnehmer im Jahre 1977 fast die Hälfte (genau 48 Pfennige) an Lohnsteuer und Sozialabgaben abführen.

Kreditbedarf Das Ansteigen der Staatsquote von 37 auf 48 % von 1969 bis 1978 bedeutet, daß nahezu die Hälfte des Bruttosozialproduktes dem Kreislauf der Privatwirtschaft und ihrer Wertschöpfung entzogen ist. Hinzu kommt, daß der Kreditbedarf des Staates auf den der Wirtschaft stößt, was bei ansteigender Konjunktur zinsverteuernd und wachstumshemmend wirkt.

Konkurse Die Soziale Marktwirtschaft, die die CDU unter Konrad Adenauer und Ludwig Erhard geschaffen hat, ist in den letzten 10 Jahren Stück für Stück von dieser Koalition abgebaut worden. Pro Jahr haben seit 1972 8 000 bis 9 000 Konkurse stattgefunden, von denen vor allem der Mittelstand und das Handwerk betroffen waren. Ein neues Anschwellen der Inflation steht uns bevor. Gleichzeitig verfügen wir immer noch, im Vergleich zu den

Zeiten einer CDU-Regierung, über eine hohe Arbeitslosigkeit, die den Staat und damit uns alle sehr viel Geld kostet.

Leistung

Leistung darf nicht länger bestraft werden. Wer etwas leistet, wählt die Union! Denn die Union wird dafür sorgen, daß Leistung belohnt und nicht durch Schlechterstellung bestraft wird.

Steuerlawine

Das Stoppen der Steuerlawine ist für unsere Wirtschaft ebenso wichtig wie das Stoppen der Schuldenlawine. Die Union fordert, dem Staat diese heimlichen Steuererhöhungen zu beschneiden. Nur wenn das geschieht, können auch die Gewerkschaften eine verantwortungsbewußte Lohnpolitik betreiben.

Schuldenlawine und Steuerlawine sind die Folgen der Unbescheidenheit in der politischen Zielsetzung. Unter der Verantwortung von SPD und FDP hat sich der Staat nicht mehr auf Hilfe zur Selbsthilfe und auf die Erfüllung der Staatszwecke beschränkt, sondern sich ideologischen Parteizügen zugewandt.

Ideologie

Kurskorrektur

Die Kurskorrektur ist schwierig, aber möglich. An die Stelle von Ideologie und Reformeuphorie müssen Bescheidenheit und Praktikabilität in der politischen Zielsetzung treten. Wirtschaftliche Vernunft und finanzielle Machbarkeit sind notwendig, um wieder zu Maß und Mitte in der Politik zu gelangen.

Bürokratie

Vor 10 Jahren mußte man im Lebensmittelrecht ungefähr 60 Gesetze und Verordnungen beachten. Heute sind es 170! Viele Gesetze sind sicherlich zum Schutze der Bürger notwendig. Aber viele Gesetze sind auch höchst überflüssig. Sie gängeln und bevormunden die Bürger nur, vor allem diejenigen, die als Selbständige arbeiten wollen. Vor 10 Jahren mußte jemand, der ein Haus baute, zusammen mit dem Architekten und dem Bauamt 80 Gesetze und Verordnungen beachten, heute sind es bereits 210!

Was soll denn ein junger Mann denken, der ein Lebensmittelgeschäft aufmacht und nun in seinem beruflichen Leben Tag für Tag, ja fast Minute für Minute in dem Bewußtsein herumläuft, gar nicht arbeiten zu können, ohne gegen irgendeinen Paragraphen zu verstößen. Es gibt inzwischen so unendlich viele, daß er sie unmöglich alle im Kopf behalten kann. Eigentlich müßte er vor jedem Schritt dicke Gesetzesbücher wälzen und würde immer noch Gefahr laufen, irgendeine Ausnahme von der Ausnahme übersehen zu haben. Wenn er nicht schon vorher sein Unterfangen aufgibt, weil die komplizierten Gesetzesvorschriften inzwischen auch für Fachleute nicht mehr verständlich sind. Dieser

Gesetzesinflation

Paragraphenschubel

junge Mann wird nicht mehr der Auffassung sein, in einem Staat zu leben, in dem alles erlaubt ist mit Ausnahme dessen, was ausdrücklich verboten ist, sondern er wird der Auffassung sein, daß er in einem Staat lebt, in dem alles verboten ist, mit Ausnahme dessen, was ausdrücklich erlaubt ist. Wenn dieser Punkt erreicht ist, steht die freiheitliche Demokratie auf dem Spiel.

Reglementierung

Die fortlaufende Bürokratisierung und Reglementierung aller Lebensbereiche führt nicht nur zu einer Einengung der Handlungsfreiheit, sondern auch zu einer gefährlichen Veränderung des Bewußtseins. Den Menschen geht das Erlebnis einer freien Gesellschaft gänzlich verloren. Sie empfinden nur noch Zwänge und Schranken.

Vertrauen

Dieser Entwicklung muß dringend Einhalt geboten werden. Sie basiert auf der menschenverachtenden Devise von Lenin, die immer noch in den Köpfen vieler Sozialisten herumspukt und für viele Gesetze und Verordnungen Pate zu stehen scheint. Lenin ging von der Maxime aus: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.“ In einer freiheitlichen Gesellschaft kann aber nur der Grundsatz gelten: „Kontrolle ist gut, aber Vertrauen ist besser.“ Wir müssen dem Bürger wieder mehr Spielraum überlassen zu seiner freien und verantwortlichen Lebensgestaltung. Es muß Schluß gemacht werden mit dieser betrügerischen Einstellung, die auf der einen Seite den „mündigen Bürger“ fordert, auf der anderen Seite ihn aber ständig überwacht, gängelt und bevormundet. Der Bürger braucht unser Vertrauen, weil der Staat das Vertrauen seiner Bürger braucht.

Eindämmung der Gesetzesflut

Die CDU tritt in Bund und Ländern für einen Abbau bürokratischer Vorschriften und für eine bürgernahe Verwaltung ein. In Kongressen und Kommissionen haben praxiserfahrene Verwaltungsfachleute Vorschläge zur Reduzierung der Gesetze und zur Vereinfachung der Verwaltung erarbeitet. Diese haben im Bund bereits Eingang in Gesetzesentwürfe gefunden und sind in CDU/CSU-regierten Ländern zum Teil bereits verwirklicht. Dadurch hat die CDU dazu beigetragen, das Vertrauensdefizit des Bürgers zum Staat abzubauen und sein Verhältnis zum Staat zu verbessern. Die CDU hat der Bürokratie erfolgreich den Kampf ange sagt. Ihr Wahlspruch lautet: Mehr Freiheit für den Bürger durch weniger Staat.

Energiepolitik

Eines der entscheidenden Probleme dieser Gesellschaft ist die zukünftige Versorgung mit Energie. Schon jetzt zeichnet sich eine

Energielücke

bedenkliche Energielücke ab. Energielücke bedeutet Produktionsrückgang und somit weniger Arbeitsplätze. Nahezu jeder Rohstoff ist ersetzbar. Zwei Dinge jedoch sind nicht ersetzbar: Ernährung und Energie. Ohne ausreichende Ernährung verhungern wir, ohne ausreichende Energie kommen Wirtschaft und Verkehr, Handel und Industrie, kommt das Leben unserer hochzivilisierten Gesellschaft zum Stillstand. Wir können ohne katastrophale Folgen unseren heutigen Entwicklungsstand auch nicht wieder rückgängig machen. 60 Millionen Menschen in unserem kleinen Land können kein Leben am Herdfeuer führen.

Konsequenzen

Welche Konsequenzen sind daher zu ziehen? Zunächst: Wir müssen sparen. Gutes Zureden allein reicht nicht. Die derzeitige Bundesregierung kennt nur zwei Wege: Bewirtschaftung oder Preissteigerung. Beide sind voller Probleme. Preissteigerungen stoßen auf wirtschaftliche und soziale Grenzen, Bewirtschaftung bedeutet nicht gerechte Verteilung, sondern grauen und schwarzen Markt. Nicht Verwaltung des Mangels, sondern Erhöhung des Angebots durch die Bereitstellung von Ersatzenergien ist unsere, die dritte, die marktwirtschaftliche Alternative.

Marktwirtschaft

Entscheidende Beiträge können nicht von der Kohle allein — das geht schon wegen des Umweltschutzes nicht —, sondern nur von Kohle und Kernenergie zusammen geleistet werden. Wir brauchen die Kernenergie. Was wir jetzt unterlassen, macht sich erst in 10 Jahren voll bemerkbar. Allerdings müssen wir alle Sicherheitsmöglichkeiten nutzen, die der derzeitige Stand von Forschung und Technik bietet. Sicherheitsprobleme gibt es bei allen technischen Großanlagen. Wir dürfen sie jedoch nicht unterschätzen, sondern müssen alle erdenklichen Möglichkeiten nutzen, um sie in den Griff zu bekommen. Auch die Entsorgung muß dabei ausreichend geregelt sein.

Kernenergie

Zu einem behutsamen Ausbau der Kernenergie und zu ihrer friedlichen Nutzung gehört außer umfassenden Sicherheitsmöglichkeiten auch eine sachliche Aufklärungs- und Informationsarbeit, die auf die Gefahren und den Nutzen der Kernenergie hinweist.

Aufklärung

In weiten Teilen der Bevölkerung, insbesondere in der jungen Generation, ist noch eine besondere Reserve gegenüber der Kernenergie zu erkennen, die sich in panischer und existentieller Angst äußert und in Demonstrationen Luft verschafft. Gerade deshalb sind Sicherheit und Aufklärung notwendig, um diese Probleme nüchtern und sachlich lösen zu können.

Die Haltung der SPD in dieser Frage ist unklar und verworren. Die von ihr geführten Länder Nordrhein-Westfalen und Hessen

SPD-Wirrwarr

lehnen den weiteren Ausbau von Atomkraftwerken ab. Die anderen von ihr geführten Länder Berlin, Bremen und Hamburg wollen ohnehin keine Atomkraftwerke bauen. Und die SPD-Landesverbände in Baden-Württemberg, in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein fordern einen absoluten Baustopp für Atomkraftwerke. Würden in diesen Ländern nicht Stoltenberg, Albrecht und Späth, sondern Matthiesen, Ravens und Eppler regieren, wäre Helmut Schmidt am Ende seines Lateins. Er hat das unverdiente Glück, daß in der Mehrzahl der deutschen Länder die Christlichen Demokraten die Regierungsverantwortung haben.

Beurteilung Schmidt

Es geht nicht an, daß man Herrn Schmidt nur nach dem beurteilt, was er angeblich denkt und manchmal sogar sagt, nicht aber nach dem, was er wirklich erreicht. Politiker mit richtigen Vorstellungen, die nicht in der Lage sind, diese in Partei und Regierung durchzusetzen, sind nicht besser als Politiker mit gar keinen oder falschen Vorstellungen. Helmut Schmidt ist zudem stellvertretender Vorsitzender der SPD, er ist ohne die SPD als Bundeskanzler nicht denkbar, daher ist ihm auch das Verhalten dieser Partei zuzurechnen.

Sicherheits- und Deutschlandpolitik

Forderung

Mehr noch als die Gefährdung der inneren Sicherheit wirkt zur Zeit die Gefährdung der äußeren Sicherheit beunruhigend. Kein Land ist mehr auf den Frieden angewiesen als das unsere, da es sowohl nach der Offensivstrategie des Ostens wie nach der Defensivstrategie des Westens Hauptkriegsschauplatz wäre. Unsere Aufgabe ist es, die Sowjetunion immer wieder von zweierlei zu überzeugen: unserem unbedingten Friedenswillen und unserem Willen und unserer Fähigkeit zur Verteidigung.

Ungleich- gewicht

Sowjetstrategie

Die Fähigkeit zur Verteidigung hängt von einem annähernd militärischen Gleichgewicht ab. Das ist in den letzten 10 Jahren verlorengegangen. Es ist geradezu auffallend, daß die totale Aufrüstung der Sowjetunion genau in die Zeit fällt, in der hier immer von Entspannung die Rede war. Breschnew wird als der Staatsmann in die Geschichte eingehen, der durch diese angebliche Entspannung den Westen eingeschläfert und durch die Aufrüstung seinem Lande, zumindest in Europa, die militärische Überlegenheit verschafft hat. In Europa sind die Sowjets an Panzern, Flugzeugen und nuklearen Gefechtsfeldwaffen eindeutig überlegen. Bei den Mittelstreckenwaffen haben sie sogar ein Monopol.

Die Aggression der Sowjetunion gegenüber Afghanistan zeigt, daß auch die neuesten sowjetischen Vorschläge nur mit Vorsicht und Skepsis zur Kenntnis zu nehmen sind. Ähnliche sowjetische Angebote sind in der Vergangenheit immer dann gekommen, wenn die Sowjets etwas verhindern wollten. In diesem Fall geht es um die dringend notwendige Nachrüstung der Nato im europäischen Bereich, die mit allen Mitteln verhindert werden soll, um die große sowjetische Überlegenheit in Europa zu sichern. Dazu wird versucht, die Nato zu verunsichern, die Bündnispartner gegeneinander auszuspielen und dadurch ihre Verteidigungsbereitschaft zu schwächen.

Gefährdung

In dieser Situation ist die Sicherheitspolitik der SPD eine Unsicherheitspolitik und unverantwortlich. Sie setzt die Interessen der Bundesrepublik Deutschland leichtfertig aufs Spiel. Der Bundeskanzler hat das Zwielicht, das über dieser Politik seiner Partei liegt, entweder nicht beseitigen können oder nicht beseitigen wollen. In der SPD findet das Konzept „Abrüstung ohne Sicherheit“ zunehmend Widerhall, ohne daß deutlich wird, daß sich der Bundeskanzler diesem selbstmörderischen Konzept energisch und öffentlich widersetzt. Der linke SPD-Flügel ist weiterhin entschlossen, die dringend erforderliche Modernisierung und Verstärkung des in Europa stationierten amerikanischen Mittelstrecken-Waffenpotentials allein vom Ausgang der Rüstungskontrollverhandlungen mit der Sowjetunion abhängig zu machen.

Weißbuch

Auch das Weißbuch 1979 der Bundesregierung hierzu ist ein enttäuschendes Dokument der Selbstgefälligkeit und der Beschönigung politischer Entschlußlosigkeit. Sein einziges Verdienst ist die Zusammentragung von Fakten und Details. Schon die erste Lektüre zeigt, daß es offenkundig im Blick auf den kommenden Bundestagswahlkampf geschrieben wurde und weniger vom Interesse an sachlicher Aufklärung als von parteitaktischen Rücksichten diktiert ist.

Deutschland

In den letzten Wochen und Monaten hat auch das Denken an Deutschland wieder Nahrung bekommen. Wir müssen das Bewußtsein dafür wachhalten, daß auch drüben Deutsche leben. Es darf uns nicht gleichgültig sein, wenn ihre Freiheit immer weiter beschnitten wird. Nur wenn wir immer wieder auf die Menschenrechtsverletzungen in der DDR hinweisen, auf den gewaltigen Abstand zwischen dem offiziellen Schein staatlicher Propaganda und der Wirklichkeit des Alltags im anderen Teil Deutschlands, nur dann läßt sich auch die Welt nicht von den großartigen Feierlichkeiten zum 30jährigen Bestehen der DDR täuschen.

Wir bestehen auf der Wiedervereinigung unseres Landes in Frie-

den und Freiheit, auch wenn sie langen Atem verlangt. Mauer und Stacheldraht in Berlin und Deutschland sind genauso widerständig, als wenn sie Paris und Frankreich teilten. Für uns ist die deutsche Frage offen.

Wir wissen, daß zu der Macht der Tatsachen nicht nur die Politik der Regierungen und die Stärke der Waffen zählen, sondern auch der Wille der deutschen Nation zur Einheit, der seine geschichtliche Kraft behalten wird.

Berlin bleibt die Hauptstadt von ganz Deutschland und der sichtbare Ausdruck unserer Hoffnung auf die deutsche Einheit. Wir werden die Rechte des freien Berlin, seine Zugehörigkeit zur Bundesrepublik Deutschland und seine Lebensfähigkeit im Zusammenwirken mit den drei alliierten Schutzmächten wahren und gewährleisten.

Zukunftsperspektiven

Appell

Es darf so nicht weitergehen. 10 Jahre fehlgeleitete und fehlleitende Politik von SPD und FDP sind eigentlich schon mehr, als wir uns leisten konnten. Nur die Union kann die vorhandenen Lücken schließen, die Fehler beseitigen und den Blick wieder für die Zukunft öffnen. Die Koalition ist dazu unfähig. SPD und FDP sind aus ideologischen Gründen nicht einmal in der Lage, die Probleme, die sie zum größten Teil selbst geschaffen haben, ehrlich zu analysieren, geschweige denn zu lösen. Die Union ist im Grunde die einzige Hoffnung, um das für die Zukunft zu sichern und auszubauen, was sie gemeinsam mit den Bürgern nach dem Kriege aufgebaut hat.

Hoffnung

Abrechnung

Zwar können wir nicht alles von heute auf morgen wiedergutmachen. Dazu sind zu viele Fehler gemacht worden. 10 Jahre sind eine lange Zeit. Die SPD hat in ihrer ideologischen Verblendung in dieser Zeit kräftig alle Möglichkeiten genutzt, Fehler zu machen und notwendige Investitionen in die Zukunft zu versäumen. Man kann die Mißerfolge dieser Jahre nicht mit einem Federstrich vom Tisch wischen oder gar im Handumdrehen zum Guten wandeln. Dazu bedarf es einiger Zeit. Aber wir werden alles tun, um die Bilanz unseres Landes wieder positiv zu gestalten. Es ist an der Zeit für einen Wechsel. Die Bürger dieses Landes haben eine bessere Regierung verdient.

Aufruf

Sicherheit und Geborgenheit, Verantwortung und Vertrauen, Freiheit und ein besseres Lebensgefühl — dafür steht die Union!